



Interviews

Expertenrat für Klimafragen kritisiert Regierung

Lisa Badum, Grüne, im Interview mit Jasper Barenberg

"Informationen am Morgen", 23.8.2023, 8:10 Uhr

Jasper Barenberg: Weder das Klimagesetz, noch das Klimaschutzprogramm der Bundesregierung reicht aus, um die selbstgesteckten Ziele beim Treibhausausstoß zu erreichen. So hat es der Expertenrat für Klimafragen im Auftrag der Regierung jetzt einmal mehr festgehalten. Außerdem: Überdies rechne sich die Ampel auch noch die Zahlen schön. Die Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit würde nicht kleiner, sondern größer, weil die Maßnahmen nicht so viel erreichen, wie die Regierung annehmen würde.

Am Telefon ist Lisa Badum, die klimapolitische Sprecherin der Grünen im Bundestag. Schönen guten Morgen.

Lisa Badum: Guten Morgen, Herr Barenberg.

Barenberg: Frau Badum, wieder eine Klatsche von den eigenen Expertinnen und Experten. Ist es langsam Zeit, dass sich die Ampel von dieser Selbstbeschreibung als Klimaregierung verabschiedet?

Badum: Zuerst mal ist es auch die Rolle des Expertenrats, uns zu überprüfen. Insofern überrascht es mich nicht, dass sie genau hinschauen. Für mich sind es zwei Botschaften, die

da rauskommen. Die eine Botschaft ist, dass wir tatsächlich als Ampel geschafft haben, einen Großteil der Klimaschulden aus den letzten Jahren zu tilgen – 80 Prozent -, und dass wir ein sehr umfassendes Programm vorgelegt haben, dass wir auch Innovationen verabschiedet haben, die es nicht gab, wie das Deutschland-Ticket oder Klimaschutzverträge für die Industrie. Das hat Frau Brigitte Knopf vom Expertenrat ja gestern auch bei Ihnen noch mal so gesagt.

Der zweite Punkt – darauf sprechen Sie mich jetzt an – ist: Das Tempo ist zwar schneller geworden, aber es reicht noch nicht. Es gibt immer noch eine Klimaschutzlücke von 200 Millionen Tonnen CO₂ und die lässt sich leider größtenteils auf den Verkehrssektor zurückführen. Das ist der Stand.

Barenberg: Wenn es so ist, dass die Ziele außer Reichweite geraten, muss man dann zunächst einmal sagen, weil sich die Bundesregierung so klipp und klar in einem Gesetz darauf festgelegt hat, das was im Moment passiert ist Rechtsbruch?

Badum: Wir müssen das Klimaschutzgesetz einhalten. Das muss der Anspruch sein. Das hat der Bundeskanzler jetzt auch verschiedentlich noch mal gesagt, dass er das auch möchte, dass wir bis 2030 minus 65 Prozent CO₂-Reduktion haben. Daraus ergibt sich für mich, dass wir ein Konzept zum Schließen der Klimalücke brauchen vom gesamten Kabinett unter der Ägide des Bundeskanzlers. Das muss auf jeden Fall unser Anspruch sein.

Lassen Sie mich noch einen Punkt sagen. Es geht ja nicht nur darum, dass wir Klimaziele irgendwo aufgeschrieben haben als Luxus, sondern diese Klimaziele sind ja auch unsere Überlebensstrategie. Wir haben jetzt den heißesten Monat Juli seit Beginn der

Wetteraufzeichnungen erlebt und das treibt die Menschen auch um, dass wir hier was tun müssen.

Barenberg: Weil Sie das jetzt noch mal so betont haben, will ich noch mal zurückkommen auf meine erste Frage. Die Selbstbeschreibung dieser Regierung als Klimaregierung – haben wir von verschiedenen Mitgliedern der Bundesregierung immer wieder gehört -, von der können wir uns erst mal verabschieden?

Badum: Die Bundesregierung und, ich glaube, wir Grüne stehen dafür. Das haben wir auch in den letzten Monaten in den Diskussionen zum Gebäudeenergiegesetz gezeigt. Wir werden da weiter der Antreiber und der Motor sein für Klimaschutz. Aber es ist eine Aufgabe der gesamten Bundesregierung, die Gesetze einzuhalten, und wir bilden damit ja auch die Mehrheit der Menschen im Lande letztendlich ab, ob es die Landwirtinnen und Landwirte sind, die unter der Klimakrise leiden, die Gesundheitsbranche, ob das die Menschen sind in den Industriebranchen, die sich transformieren müssen. Die erwarten alle von uns, dass wir was tun, und es sind ja auch schon Schritte gegangen worden.

Lassen Sie mich vielleicht zum Thema erneuerbare Energien einen Punkt noch sagen, der in der Diskussion ein bisschen untergegangen ist. Wir werden beim Thema Solarenergie unsere Ziele wahrscheinlich übererfüllen dieses Jahr. Wir haben schon jetzt zur Hälfte des Jahres mehr Solarenergie zugebaut als im ganzen Jahr 2021. Das zeigt ja, die Gesetze, die wir machen, wirken. Aber wir brauchen auch ...

Barenberg: Das Gegenbeispiel wäre die Windkraft, oder?

Badum: Auch bei der Windkraft sind die Genehmigungen um 60 Prozent gestiegen. Aber die Windkraft ist ein gutes Beispiel dafür, dass wir auch im Zusammenspiel mit den Ländern agieren. Da sehen wir doch einen sehr großen Unterschied zwischen einem beispielsweise schwarz-grün regierten Nordrhein-Westfalen, wo jetzt richtig der Turbo eingelegt wird für Windkraft, und einem Land wie Bayern, wo wir bei drei Anträgen auf Genehmigungen im Jahr sind, weil die Staatsregierung, weil CSU und Freie Wähler die Windkraft weiter blockieren wollen. Das heißt, wir sehen auch, dass hier verschiedene Ebenen zusammenspielen müssen, um wirklich gute Bundesgesetze auch in Aktion zu versetzen.

Barenberg: Jetzt haben Sie gesagt, was es jetzt braucht, um mehr Tempo zu bekommen und die Chance, überhaupt diese selbstgesteckten Ziele zu erreichen, braucht es ein Gesamtkonzept der gesamten Bundesregierung. Nun dachte ich eigentlich, das sei im Klimagesetz und dem Klimaschutzprogramm der Bundesregierung schon drin. Jetzt stellen wir fest, Hunderte von Millionen Tonnen Treibhausgase sind da noch zu viel. Wann soll das denn wer jetzt wie schnell beschließen?

Badum: Wenn wir uns den Verkehrssektor anschauen, ist es so, dass wir Schritte gegangen sind, und da möchte ich auch die Kabinettsentscheidungen dazuzählen zur Anhebung des CO₂-Preises auf 40 Euro ab 2024. Das ist ein erster richtiger Schritt. Wir haben das Deutschland-Ticket eingeführt, das muss verstetigt werden. Es wird eine Reform des Straßenverkehrsgesetzes geben, was es Kommunen erleichtern wird, Tempo 30 einzuführen. Wir sehen, die Diskussionen, der Druck und auch die Klimaziele führen zu Bewegung im Verkehr. Das reicht aber noch nicht!

Barenberg: Was Sie gerade genannt haben, das hat alles der Expertenrat auch in den Blick genommen und kommt zu dem Ergebnis, selbst das, wenn es kommt, reicht noch nicht, und die Chancen werden immer geringer.

Badum: Genau.

Barenberg: Irgendwo muss doch ein Hebel umgelegt werden.

Badum: Da gebe ich Ihnen recht. Darauf wollte ich ja gerade hinaus. Das reicht noch nicht.

Wir haben immer noch das Thema Abschaffung umweltschädlicher Subventionen, was dezidiert vom Expertenrat auch so erwähnt wird, Stichwort Dienstwagenprivileg, Dieselprivileg, wo wir herangehen müssen. Wir brauchen wirklich einen Umstieg, die Umstiegsmöglichkeit vom Auto auf Bahn und aufs Fahrrad. Wir werden auch 47 Milliarden in die Bahn geben. Aber dass wirklich der Umstieg gelingt, da steht noch einiges an.

Eine ganz wichtige Maßnahme ist aus meiner Sicht auch das Klimageld, so dass wir dann auch möglicherweise einen erhöhten CO₂-Preis wirklich pro Kopf direkt an die Bürgerinnen und Bürger zurückverteilen können. Da gibt es ja sehr große Einigkeit in der Koalition.

Barenberg: Einigkeit auch darüber, dass das in 2025 irgendwann kommt. Darin besteht die Einigkeit?

Badum: Genau, dass es in dieser Legislaturperiode noch ausgezahlt wird. Deswegen gibt es da überhaupt gar keinen Dissens, sondern wir müssen das einfach nur organisatorisch auf die Reihe bringen. Das Finanzministerium arbeitet ja, so wie ich höre, mit Hochdruck an einem Konzept. Das sind, denke ich, Punkte, um den Klimaschutz dann noch mal sozial zu flankieren und wirklich die Bevölkerung auch sehr gut mitzunehmen.

Eine letzte Sache, die wir für alle vermeiden wollen, ist, dass wir auf europäischer Ebene Strafzahlungen bekommen, weil wir bei Verkehr und Gebäude unsere Klimaschutzverpflichtungen nicht einhalten. Wir haben da auch jährliche Klimaschutzziele. Wenn wir bei der Lücke nichts machen, wird das in die Milliarden-Strafzahlungen reingehen, und ich glaube, das interessiert auch alle Kabinettsmitglieder. Wir sehen jetzt gerade, wie um Milliarden im Haushalt gerungen wird, dass wir uns diese Strafzahlungen sparen.

Barenberg: Was ich jetzt von Ihnen gehört habe, ist in der Regierung selber höchst umstritten. Beim Tempolimit ist die FDP dagegen. Bei Subventionen und Dieselprivileg ist die FDP dagegen. Da sehe ich noch nicht, wie das was werden soll. Im Gegenteil sehe ich am Beispiel des Heizungsgesetzes, dass die Chancen noch verringert werden, beim Klimaschutz voranzukommen, denn ich glaube, Robert Habeck hat ja selbst eingeräumt, wenn das jetzt alles so kommt, wie zum Schluss verabredet, dann wird die Lücke auch dadurch eher größer.

Badum: Die Abschätzungen zu neuen Investitionen des Gebäudeenergiegesetzes liegen noch nicht vor. Aber wie sich das entwickelt, das hat auch ganz wesentlich damit zu tun, ob die Fördergelder gut abfließen. Wir werden aber 18,8 Milliarden für den Heizungstausch zur Verfügung stellen. Es hängt davon ab, ob die Länder die Kommunen gut unterstützen bei der Wärmeplanung. Da kommt jetzt das Wärmeplanungsgesetz. Es liegt an uns, hier die richtigen Schrauben jetzt zu drehen, dass eine Wärmewende daraus wird. Aber alle, die jetzt beklagen, dass wir mit den Klimazielen noch nicht soweit sind, da hätte ich mir auch gewünscht, dass sie dann noch mehr für ein Gebäudeenergiegesetz in den letzten Monaten werben und für eine Wärmewende werben, wenn es dann auch konkret wird.

Barenberg: Letzter Punkt von meiner Seite. Klara Geywitz, die Bundesbauministerin schlägt jetzt vor, die Klimaschutzstandards bei Neubauten so zu lassen, wie sie sind, nicht zu verschärfen, wie ursprünglich geplant. Auch da kann beim Punkt Klimaschutz doch eigentlich nur das Ergebnis sein, das Tempo wird geringer, nicht größer, oder?

Badum: Wir werden das diskutieren müssen. Ich glaube, da geht es auch vor allem darum, stehen dann wirklich genügend Fördermittel zur Verfügung für diese neuen Standards. Es ist auch die Frage, werden diese Wohnungen geschaffen, was sich die Ampel-Regierung vorgenommen hat. Da geht es auch darum, dass wir den sozialen Wohnungsbau besser fördern. Ich denke, diese Diskussion um Effizienzstandards hat noch dahinterliegende Diskussionen und Fragen, die noch nicht geklärt sind, und wenn wir die gut auf die Schiene bringen, bin ich da auch zuversichtlich, dass wir da auch mehr Klimaschutz hinbekommen.

Barenberg: Auf welcher Seite stehen Sie denn da? Sollen die Klimaschutzstandards verschärft werden wie geplant, oder soll man es sein lassen?

Badum: Ich bin für höhere Klimaschutzstandards im Neubau. Ich sage nur: Die Angst, die einige in der Diskussion vielleicht haben, dass dann der Neubau zu sehr erschwert wird oder es zu teuer wird zu bauen, die muss man ernstnehmen und entsprechend abfedern. Das können wir dann auch politisch machen.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.